

Suffizienz und Postwachstum in ländlichen Räumen

Kommunaler Klimaschutz als Katalysator einer sozial-ökologischen Transformation?

Marius Hübler

Regionales Wirtschaften, solidarische Landwirtschaft (Solawi), eine Kultur der nachbarschaftlichen Hilfe, des Teilens und der kreativen Selbsthilfe auf der einen Seite; große Einfamilienhäuser, konservative Haltungen, weite Wege und Neubaugebiete trotz aussterbender Dorfkerne auf der anderen Seite. So lauten einige der Potentiale und Herausforderungen für klimaverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweisen, die kommunale Klimaschutzmanager*innen (KSM) aus Schleswig-Holstein ländlichen Lebenswelten im Rahmen meiner Promotion¹ zugeschrieben haben.

In Diskrepanz zu diesen Zuschreibungen und dem Bewusstsein für die Notwendigkeit von Suffizienz scheint dagegen das Paradigma der ökologischen Modernisierung (Huber 2011) in der kommunalen Klimaschutzpraxis vorherrschend zu sein. Sozial-ökologischer Klimaschutz, der über technologische Lösungswege hinausgeht und förderliche Strukturen für suffizienzorientierte Lebens- und Wirtschaftsweisen schafft, findet derzeit noch geringe Beachtung und wird innerhalb der untersuchten Gemeinde- und Kreisverwaltungen auf unterschiedliche Weise gehemmt. Allerdings machen die »multiple Krise« (Brand 2009) und einhergehende Herausforderungen wie die globale Erwärmung, soziale Ungleichheiten oder die Krisenimmanenz kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen eine tiefgreifende sozial-ökologische

1 In der AG Soziale Dynamiken in Küsten- und Meeresgebieten am Geographischen Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; gefördert durch ein Promotionsstipendium der Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein (EKSH).

Transformation und suffizienzorientierte Lebens- und Wirtschaftsweisen unerlässlich. Aus ökologischer Sicht meint Suffizienz einerseits die Reduktion und Vermeidung und andererseits eine Veränderung besonders klima- und umweltschädlicher Praktiken und Wirtschaftsweisen (Heyen u.a. 2013). Suffizienz bedeutet nicht nur ein Weniger in Form von zum Beispiel Flugreisen oder Konsum tierischer Produkte, sondern auch und vielmehr ein Anders, zum Beispiel in Form von solidarischem und nahräumlichem Wirtschaften, flächensparendem Wohnen, Selbst- und Gemeinschaftsversorgung, Praktiken des Teilens statt des Besitzens oder auch Reparatur von Gütern statt deren Neukauf. So geht es nicht nur um individuelle Entscheidungen, sondern auch um die kollektive (Re-)Organisation und Gestaltung von Wirtschaftsweisen und (Infra-)Strukturen, die sozial-ökologisch nachhaltige Praktiken ermöglichen und fördern – oder auch gegenteilige Praktiken reduzieren und verhindern. Wirtschaftspolitische Strategien wie der europäische *Green Deal* und zugrundeliegende Leitbilder wie grünes Wachstum und Green Economy setzen hingegen maßgeblich auf technologische Lösungsansätze und – dem Paradigma der Ökologischen Modernisierung folgend – die Vorstellung eines »grünen Umbaus« der wachstumsabhängigen Marktwirtschaft (Europäische Kommission 2019; Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 2020). Erkenntnisse zu Rebound-Effekten (Santarius 2015) und dem Ausbleiben von Entkopplungsfortschritten der globalen Wachstumswirtschaft von negativen sozial-ökologischen Effekten legen jedoch nahe, dass Suffizienz als dringend notwendige komplementäre Nachhaltigkeitsstrategie zu technologischen Ansätzen zu betrachten ist (Georgescu-Roegen 1987; Jackson 2017; Parrique u.a. 2019). Daher wird im wissenschaftlichen und klimaaktivistischen Diskurs vermehrt die Forderung nach Suffizienzpolitik laut, die auf eine Reorganisation sowie Veränderung von Konsum- und Produktionsmustern abzielt und über Mäßigungsappelle sowie Aufklärungsarbeit hinausgeht (Schneidewind/Zahrnt 2013; Christ/Lage 2020).

Ähnlich wie *ländliche Räume* oder *Ländlichkeit* sind auch *Klimaschutz* und *Suffizienz* keine starren Konzepte. Vielmehr werden deren Bedeutung und konzeptionelle Grenzen kontinuierlich in unterschiedlichen »Arenen« (z.B. in Wissenschaft, Policy-Papieren, sozialen Bewegungen oder auch auf Familienfeiern) verhandelt und unterliegen so verschiedenen Deutungsmustern und -rahmen (Framings). Was wird als das, der globalen Erwärmung zugrundeliegende, Problem betrachtet, was als Lösung? Welche Bereiche ländlicher Lebenswelten werden in Bezug auf Klimaschutz problematisiert, welche nicht?

Welche Klimaschutzmaßnahmen werden als effektiv, legitim und erstrebenswert angesehen?

Nach einer kurzen Einführung von KSM als verwaltungsseitige Klimaschutz-Akteur*innen werden nachfolgend die institutionellen Framings von Klimaschutz und Suffizienz als ein zentrales Hemmnis für die Integration von Suffizienzaspekten in den kommunalen Klimaschutz diskutiert. Die Basis hierfür bilden acht Interviews mit KSM (nachfolgend als KSM A-H anonymisiert) aus schleswig-holsteinischen Gemeinde- und Kreisverwaltungen. An- und abschließend werden KSM als transformative Akteur*innen in ländlichen Gemeinde- und Kreisverwaltungen beleuchtet. Der Beitrag soll damit einerseits die Notwendigkeit eines über technologische Lösungsansätze hinausgehenden suffizienzorientierten Klimaschutzframings skizzieren und andererseits KSM als mögliche Katalysator*innen einer sozial-ökologischen Transformation in ländlichen Räumen diskutieren.

1. Suffizienz(-Politik) im kommunalen Klimaschutz

»Solarzellen aufs Dach, Fernwärme könnte man auch noch in die Gänge kriegen. Energieeffizient Bauen, Sanieren, strombetriebene Züge, Elektroautos, das funktioniert halbwegs. [...] Die andere Geschichte, die sagt »Wir müssen auch anders Wirtschaften«, wo dann auch Gedanken von so Gemeinwohl-ökonomie mit reinkommen und »Ist weniger mehr?« und all das. Das Brett [Pause] das gehört ja auch mit dazu. [...] Das kriegen wir nicht nur durch Outsmarten hin.« (Interview KSM D 2020)

Die Worte von KSM D fassen nicht nur treffend zusammen, was sich durch die meisten Interviews zieht, sondern auch, was in der kommunalen Klimaschutzpraxis zu beobachten ist: einerseits ein verbreitetes Bewusstsein für die Notwendigkeit veränderter Wirtschafts- und Lebensweisen, andererseits die Dominanz technologischer Lösungsansätze im (kommunalen) Klimaschutz. So konzentrieren sich Klimaschutzmaßnahmen gegenwärtig auf Bereiche wie erneuerbare Energie- und Wärmeversorgung, E-Mobilität, Energieberatung und energetische Gebäudesanierung. In anderen Worten: auf die Einsparung von Treibhausgasemissionen durch Energieeffizienz und entsprechende technologische Lösungswege. Dies wird nicht nur durch die Interviews und die kommunalen Klimaschutzkonzepte aus Schleswig-Holstein (siehe bspw. Kreis Dithmarschen 2012; Kreis Rendsburg-Eckernförde 2012),

sondern auch die bundesweite Analyse kommunaler Klimaschutzmaßnahmen von Rioussel u. a. (2019) unterstrichen. Klimaschutzmaßnahmen, die auf eine sozial-ökologische Veränderung von Lebens- und Wirtschaftsweisen abzielen, sind bislang hauptsächlich im Bereich der Mobilität (z. B. durch radverkehrsfreundliche Verkehrsplanung oder öffentliche Nahverkehrslösungen) oder in Form von niedrigschwelligen Maßnahmen wie Bildungsangebote und Informationskampagnen zu »klimafreundlichen Alltagspraktiken« oder der Organisation von Mitmachaktionen wie Stadtradeln zu finden. Bereiche wie Flächennutzung und Wohnen, nähräumliche Ernährung und Landwirtschaft, Dinge selbst beziehungsweise gemeinschaftlich produzieren und Instand halten im Sinne der Prosumption (Brauer u. a. 2019) oder auch andere Themen der Daseinsvorsorge spielen in der kommunalen Klimaschutzarbeit gegenwärtig kaum eine Rolle.

Laut Bauer u. a. (2018) haben KSM das Potenzial, »Change Agents« innerhalb der Kommunalverwaltung zu sein. Die KSM sind für die Umsetzung und Mitgestaltung der Klimaschutzstrategien der Kreisverwaltung oder auch von Gemeinden und Gemeindeverbänden (bspw. die Klimaschutzregion Flensburg mit 34 Gemeinden im Flensburger Umland) tätig. Kommunale Klimaschutzmanagements sind maßgeblich seit 2008 aus der finanziellen Förderung der Bundesregierung im Rahmen der Kommunalrichtlinie, als Teil der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), hervorgegangen. Durch diese wurden sowohl die Erstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte oder Teilkonzepte (z. B. für spezifische Bereiche wie Energie- und Wärmeversorgung, eigene Liegenschaften oder Mobilität) als auch die Einstellung von KSM zur Umsetzung der in den Konzepten beschriebenen Maßnahmen und Strategien gefördert (Bauer u. a. 2018). Unabhängig von KSM bezeichnen Leuser/Brischke (2018) Kommunalverwaltungen als optimalen Akteur zur Gestaltung und Umsetzung von suffizienzpolitischen Maßnahmen. Auch nach Stieß (2018) ist die Kommunalpolitik und -verwaltung aufgrund ihrer potentiellen Bürger*innennähe als wichtige Impulsgeberin und Gestalterin zu verstehen. Kommunen können laut ihnen als Vorbild, Planungsautorität, öffentliche Auftraggeberin, Eigentümerin öffentlicher Liegenschaften und Bereitstellerin öffentlicher Daseinsvorsorge fungieren und so auf vielfältige Weise Einfluss auf (infra-)strukturelle Rahmenbedingungen und Alltagspraktiken der Bürger*innen nehmen. Zudem ist ihre Macht als Mitglied interkommunaler Netzwerke und die Möglichkeit kommunaler Öffentlichkeitsarbeit hervorzuheben (Bauer u. a. 2018). Damit haben Kommunen theoretisch einen breiten Handlungs- und Kompetenzbereich, um Rahmen-

bedingungen und Transformationsprozesse in Richtung klimaverträglicher Lebens- und Wirtschaftsweisen zu gestalten und zu ermöglichen (Deutsches Institut für Urbanistik 2018; Leuser/Brischke 2018). Als Teil einzelner Fachabteilungen haben KSM selbstverständlich nicht den gesamten Handlungs- und Kompetenzbereich von Verwaltungen zur Verfügung. Über Hemmnisse und Chancen für die Integration von Suffizienzaspekten in den kommunalen Klimaschutz wird nachfolgend diskutiert.

2. Energieeffizienz first, sozial-ökologische Transformation second?

Klimapolitik ist kein in Stein gemeißeltes Handlungsfeld. So wird das eingangs erwähnte Framing von Klimaschutz und -politik kontinuierlich neu verhandelt. Framings bieten Akteur*innen wie KSM »interpretative Schemata, die Handlungs- und Entscheidungsmuster nahe legen« (Boghrat u.a. 2014, 291). Das Framing von Klimaschutz entscheidet mitunter darüber, was die Verwaltungen als Problem und Lösung, aber auch als ihre Zuständigkeit betrachten und was nicht. Das Vorherrschen energieeffizienzorientierter Ansätze im kommunalen Klimaschutz (Espinosa u.a. 2017) deutet auf ein technologisch geprägtes Framing von Klimaschutz innerhalb der Kommunalverwaltungen hin. Hier sei angemerkt, dass das Framing nicht allein von Kommunalverwaltungen und deren Mitarbeiter*innen bestimmt wird, sondern unter anderem entscheidend von Vorgaben und Fördermittelstrukturen höherer politischer und administrativer Ebenen beeinflusst wird. Der Fokus soll an dieser Stelle hingegen auf der Erkenntnis liegen, dass das vorherrschende Klimaschutzframing als diskursives Ergebnis vielfältiger Machtverhältnisse, Prozesse und Einflussfaktoren ein großes Hindernis zur Integration von Suffizienzaspekten darstellt.

Das technologisch geprägte Klimaschutzframing wurde im Rahmen der Interviews unter anderem dadurch deutlich, indem bestimmte Aspekte ländlicher Lebenswelten problematisiert und andere nicht oder seltener problematisiert wurden. So wurden beispielsweise die mangelnde Energieeffizienz in der landwirtschaftlichen Milchkühlung, unzureichende Gebäudedämmungen von Einfamilienhäusern und öffentlichen Liegenschaften oder durch Zersiedelung entstehende Herausforderungen in der Nahwärmeversorgung thematisiert und mitunter auch durch Maßnahmen adressiert.

Im Rahmen kommunalen Klimaschutzes, sowohl in ländlichen als auch urbanen Räumen, wird die technologische Rahmung unter anderem durch das formale Kriterium der treibhausgasbezogenen Bilanzierbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen untermauert. So spielen die mit Maßnahmen verbundenen Treibhausgasreduktionen für die von den Kommunalverwaltungen festgelegten »Klimaziele« eine entscheidende Rolle. Die Vorher-Nachher-Effekte sind, beispielsweise im Fall von energetischen Sanierungsmaßnahmen oder energieeffizienterer Wärmeversorgung, weitaus einfacher zu bemessen als im Fall von suffizienzorientierten Maßnahmen. Welche emissionsbezogenen Auswirkungen zum Beispiel der Ausbau des regionalen ÖPNV, kommunale Flächen zur Selbst- und Gemeinschaftsverversorgung mit Lebensmitteln oder ein Repair Café haben würden, ist schwerer vorherzusagen als der energetische Effekt einer Gebäudesanierung.

Problematisch ist jedoch nicht zwingend die schwerfällige Bilanzierbarkeit suffizienzpolitischer Maßnahmen, sondern viel mehr das aus dem Bilanzierungskriterium entstehende Framing von Klimaschutz, das der Klimakrise inhärente soziale und wirtschaftliche Ursachen und Folgen verschleiert. Nightingale u.a. (2020) zeigen auf, dass der Fokus auf technologische Lösungsansätze zur Eindämmung der Klimakrise dazu führt, dass notwendige sozio-ökonomische und politische Veränderungen untergraben werden. Zur sozial gerechten Gestaltung solcher Prozesse identifizieren sie die Notwendigkeit eines »kritischen Zugangs zu Wissen, welcher berücksichtigt, dass jene Anliegen, die wir zu lösen versuchen, auch Produkte der Art und Weise sind, wie diese gerahmt wurden und welche Machtverhältnisse sie widerspiegeln« (Nightingale u.a. 2020, 344; eig. Übers.). Für die KSM könnte das beispielsweise bedeuten, sich für eine Demokratisierung von kommunalem Klimaschutz und Planungsprozessen einzusetzen oder Wachstumszwänge und -logiken in der Kommunal- und Regionalentwicklung (Schulz 2017), technozentrisches Fortschrittsdenken (Jochum 2020) wie auch verwaltungsinterne Hierarchien zu hinterfragen und zu adressieren.

Die Priorisierung technologischer Lösungswege führt dazu, dass suffizienzpolitische Maßnahmen gegenwärtig als optionale beziehungsweise nachgelagerte Aufgaben verstanden und erst dann angegangen werden, wenn energieeffizienzorientierte, investive Maßnahmen »abgearbeitet« wurden. So hebt KSM B die Notwendigkeit eines kreativen gesellschaftlichen Gestaltungsprozesses hervor, für den jedoch erst Raum sei, wenn alle technisch-investiven Maßnahmen umgesetzt wurden. Aufgrund knapper Kommunalhaushalte ist (technologisch geprägter) Klimaschutz zudem

besonders attraktiv für Entscheidungsträger*innen, von ehrenamtlichen Bürgermeister*innen ländlicher Gemeinden bis hin zu leitenden Personen in Kreisverwaltungen, wenn dieser mit Kosteneinsparungen und/oder Fördergeldern verbunden ist. Für Energieeffizienzmaßnahmen besteht nicht nur ein umfangreiches Förderangebot, diese reduzieren langfristig meist auch die Energiekosten ohne eine tiefgreifende Veränderung von Praktiken. Die Verzahnung von beispielsweise Klimaschutz und Lebensqualität im Sinne von kurzen Wegen und örtlicher Aufenthaltsqualität (Deffner/Stein 2020) oder auch ein intrinsischer Wert von Klimaschutz bleiben bei einem Fokus auf technologische Lösungswege allerdings außen vor.

»Also ich muss ganz ehrlich sagen, zumindest innerhalb der Verwaltung, wenn man hier kommt mit »Das ist Klimaschutz«, dann ist es immer erst mal so »Hmm«. Wenn ich aber sage [...] a) Es könnte zu Energieeinsparungen führen oder b) Es gibt Fördermittel [...] es ist schade, aber es ist tatsächlich so. Es sei denn, die Person, mit der ich spreche, sieht es ähnlich und findet auch, dass Klimaschutz an sich schon ein Wert ist.« (Interview KSM A, 2020)

Suffizienz und eine Veränderung von Lebensstilen werden innerhalb des dominanten Klimaschutzframings zwar häufig als Notwendigkeit betrachtet, aber eine Verbreitung suffizienter Praktiken maßgeblich als Aufgabe von »Verbraucher*innen« und nicht als Aufgabe von strukturellen Rahmenbedingungen verstanden. Dementsprechend ist auch das auf individuelle Verhaltensänderungen konzentrierte Framing von Suffizienz ein Hemmnis für die institutionelle Operationalisierung von Suffizienzpolitik. Dieses Framing betrachtet Suffizienz als Aufgabe individueller materieller Mäßigung und Entscheidungen, aber nicht als Resultat förderlicher struktureller Rahmenbedingungen. Für die kommunale Klimaschutzpraxis bedeutet das, dass Suffizienz hauptsächlich appellartig in Form von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit adressiert wird, um Lebensstilveränderungen bei Bürger*innen zu bewirken. So rahmt KSM E suffizienzorientierte Maßnahmen beispielsweise als »Privatbürgeransprache« (Interview KSM E 2020), die ein hohes Maß an Überzeugungsarbeit erfordern und letztlich weitaus weniger »ertragreich« (hinsichtlich der Einsparung von Treibhausgasemissionen) seien als beispielsweise die Planung eines Nahwärmenetzes mit einer Gemeinde. Der »Ertragsfokus« unterstreicht zudem die angesprochene Bilanzierungsfixierung im (kommunalen) Klimaschutz.

Die Verbreitung suffizienter Praktiken wird auch von vielen wissenschaftlichen Befürworter*innen als alleinige Aufgabe eines kulturellen

Wandels »von unten« (*bottom-up*), als individuelle materielle Mäßigung und Konsumverzicht betrachtet und gerahmt (z.B. Paech 2012; Stengel 2011). Diese Perspektive verkennt jedoch die Einbettung individuellen Handelns in Rahmenbedingungen wie beispielsweise Werte und Normen, Eigentums- und Machtverhältnisse, profitorientierte Märkte, materielle Infrastrukturen oder institutionelle Rahmenbedingungen, die eine notwendige Verbreitung von Suffizienz hemmen oder gar verhindern (Heyen u.a. 2013; Schneidewind/Zahrnt 2013). Beispielhaft und vereinfacht ausgedrückt: Ohne verfügbare und bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel, Nahversorgungsmöglichkeiten sowie fuß- und radfreundliche Infrastrukturen, keine nachhaltige Mobilität (Reh/Hilgenberg 2021); ohne gerechte Verteilung von Einkommen, Lohnarbeit und Arbeitsproduktivitätssteigerungen, wenig bis keine Zeit und Lebenssicherheit für solidarische Praktiken, Entschleunigung und Sorgetätigkeiten (Stöger u.a. 2015).

Neben Fragen des Framings und der inhärenten Wachstumslogik gibt es vielfältige andere institutionelle Hemmnisse für eine Ausweitung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen. So stellen besonders auch die großen räumlichen Zuständigkeitsbereiche sowie begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen im kommunalen Klimaschutz in ländlichen Räumen eine Herausforderung dar. Die KSM der Klimaschutzregion Flensburg sind beispielsweise für 35 Gemeinden zuständig. Wenn auch keine formelle Zuständigkeit besteht (da Klimaschutz eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden ist), ist die Anzahl der potenziell zu betreuenden Gemeinden von KSM auf Kreisebene sogar noch weitaus größer. So umfasst der Kreis Rendsburg-Eckernförde beispielsweise 165 Gemeinden und der Kreis Nordfriesland 133 Gemeinden. Dies vermag Chancen hinsichtlich der Impulsgebung und Verbreitung von Gestaltungsansätzen zu bieten. Da es auf Gemeinde- und Gemeindeamtsebene hingegen meist an qualifiziertem Klimaschutzpersonal fehlt, birgt dies jedoch vor allem personelle Herausforderungen für die häufig nur mit ein bis zwei Personen ausgestatteten Klimaschutzmanagements in Kreisverwaltungen.

Die geringe personelle Ausstattung und befristete Arbeitsverträge bei gleichzeitig hohen fachlichen Ansprüchen (siehe nachfolgendes Zitat von KSM E) führen zudem zu einer hohen Fluktuation unter den KSM, was eine langfristige Klimaschutzarbeit und Kooperation zwischen Klimaschutzmanagement, der lokalen Bevölkerung und anderen Akteur*innen (inner- und außerhalb der Verwaltungsstrukturen) zusätzlich erschwert.

»Klimaschutzmanagerinnen und -manager müssen meistens die eierlegende Wollmilchsau sein. Dass sie zu allen Bereichen, sei es jetzt Bildung, sei es Ernährung, sei es Konsum, sei es Mobilität oder halt eben Wärme oder auch Gewerbe und kommunale Sachen. Überall muss man ja im Grunde als Klimaschutzmanager Einfluss nehmen. Aber jedes dieser wirklich komplexen Felder so in der Tiefe zu verstehen und sich da einzuarbeiten, kann ja keiner leisten.« (Interview KSM E, .2020)

Trotz der aufgezeigten vielfältigen Herausforderungen soll es nun um die Frage gehen, welche Rolle KSM als Verwaltungsakteur*innen in der Förderung einer sozial-ökologischen Transformation ländlicher Räume spielen und spielen könnten.

3. Vom Klimaschutzmanagement zum Transformationsmanagement?

Neben zivilgesellschaftlich geschaffenen Alternativen »in Nischen« (interstielle Transformation) und revolutionären Umbrüchen (rupturale Transformation) stellt laut Wright (2010) auch der Umbau bestehender Institutionen und Verhältnisse (symbiotische Transformation) eine mögliche Transformationsstrategie in Richtung wachstumsunabhängiger Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen dar. Auf lokaler Ebene ist ein solches symbiotisches Transformationspotenzial laut Wright besonders gegeben, wenn zivilgesellschaftliche Gruppen oder Bewegungen mit kommunalen Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung in Problemlösungsprozessen kooperieren, um möglichst eine »Win-win-Situation« für alle Interessensgruppen zu erarbeiten. Muraca u.a. (2015) folgern, dass »wir nicht dem Umstand entkommen können, dass auch eine Degrowth-Gesellschaft aus dem gegenwärtigen kapitalistischen System entstehen muss« und eine Transformation demnach Schritte eines Reformismus enthalten muss, »der hierarchische Strukturen destabilisiert und offene Räume für radikal neue Formen gesellschaftlicher Organisation öffnet« (Muraca u.a. 2015, 187; eig. Übers.).

Hinsichtlich der Integration lokaler Klimapolitik in Kommunalverwaltungen sprechen Boghrat u.a. (2014, 291) von einer »doppelten Grenzverschiebung«. Zum einen sei die verwaltungsinterne Reorganisation mit »inneradministrativen »Grenzkonflikten« zwischen Fachbereichen verbunden. Zum anderen beobachten Boghrat u.a. »intensive Versuche der administrativen

Entgrenzung« in Form von zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten an der administrativen Ziel- und Entscheidungsfindung oder in Form dauerhafter Netzwerkstrukturen zwischen Abteilungen und Ämtern innerhalb der Verwaltung (ebd.). Diese Grenzverschiebung in Richtung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsprozesse und einer integralen Zusammenarbeit zwischen Fachabteilungen könnte auch als das symbiotische Transformationspotenzial von KSM gewertet werden. Dennoch sei auch hier nochmals die Relevanz eines Klimaschutzframings hervorzuheben, das unter anderem Fragen der Kommunal- und Regionalentwicklung im Sinne der Daseinsvorsorge oder regionaler Wirtschaftsstrukturen beinhaltet.

Im Zuge der Interviews wurde deutlich, dass die KSM durch ihre eigene subjektive Rahmung von Klimaschutz das institutionelle Klimaschutz-framing mitgestalten und dadurch zu dessen sozial-ökologisch transformativer Ausweitung beitragen können. So wurde im Rahmen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eines Klimaschutzmanagements beispielsweise die Besichtigung eines Solawi-Betriebes organisiert, um der lokalen Bevölkerung das Konzept näher zu bringen und die dort vorhandene Skepsis abzubauen. In einem anderen Fall sind die KSM für die Verwaltung eines Fördertopfes für regionale und/oder biologische Produkte sowie deren Vermarktung zuständig und haben so Möglichkeiten, lokale Formen der Ernährung und Landwirtschaft zu fördern.

Zudem sind es mitunter die KSM, die Anträge in politische Gremien einreichen (wodurch beispielsweise die Klimaschutzagentur Rendsburg-Eckernförde als neue Institution entstanden ist), Formate der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mitgestalten, Fördermittel beantragen oder Bürgermeister*innen, Unternehmen und Bürger*innen zu Klimaschutzmaßnahmen beraten. Darüber hinaus initiieren sie Netzwerke innerhalb und außerhalb der Verwaltung (beispielsweise das Klimabündnis Nordfriesland), um unterschiedliche Akteur*innen – von ehrenamtlichen Bürgermeister*innen, Landwirt*innen bis hin zu zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Fridays for Future-Ortsgruppen oder den Landfrauen – zusammenzubringen und Plattformen zum Austausch zu etablieren. Als oftmals ideell motivierte Akteur*innen können KSM für zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen einen interessanten Kontakt innerhalb der Gemeinde- oder Kreisverwaltung darstellen. Auf dieser Grundlage sind besonders die Rollen der KSM als Impulsgeber*innen, Berater*innen, Vermittler*innen und Vernetzer*innen hervorzuheben.

Pauschale Aussagen über suffizienzorientierte Handlungsmöglichkeiten der KSM im ländlichen Schleswig-Holstein sind aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigungskontexte schwer zu treffen. Welchen Einfluss die KSM nehmen können, hängt von vielfältigen Faktoren ab: Unter anderem dem fachlichen und räumlichen Zuständigkeitsbereich, deren Ansiedelung auf Gemeinde- oder Kreisebene, der Offenheit von Entscheidungsträger*innen in Schlüsselpositionen für »alternative« Ansätze, deren Fachabteilungszugehörigkeit (bspw. Regionalentwicklung, Umweltschutz, Bau- und Verkehrsplanung), der Mittel- und Personalausstattung und ihrer Integration in abteilungsübergreifende Planungs- und Entscheidungsprozesse. So werden manche KSM beispielsweise in die Ausarbeitung von Ortskern- und Amtsentwicklungskonzepten von Gemeinden einbezogen und können so Denkanstöße in Richtung alternativer Flächennutzungen und Wohnformen in den Gemeinden geben. Andere werden in die Entwicklung von regionalen Mobilitätskonzepten integriert und haben auf diese Weise Einfluss auf Angebote des ÖPNV, Radwegeinfrastrukturen oder die Schaffung von alternativen Mobilitätslösungen. In dieser Hinsicht ging aus den Interviews zudem hervor, dass der Gestaltungsspielraum von Verwaltungen weitaus größer ist, je weniger kreiseigene Verkehrsbetriebe privatisiert wurden. Ähnliches gilt für Flächen, Gebäude und andere Infrastrukturen.

Die Nutzung der potenziellen Handlungsmöglichkeiten setzt nicht nur ein ganzheitlicheres Verständnis von Klimaschutz, sondern vielmehr auch von Suffizienz voraus. In jüngeren Beiträgen zu wachstumskritischen Kommunal- und Regionalentwicklungsansätzen können spannende Anknüpfungspunkte für suffizienzorientierten Klimaschutz in ländlichen Räumen gefunden werden. Hier wird Klimaschutz nicht isoliert, sondern im untrennbaren Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Treibern und Folgen der oben genannten multiplen Krise betrachtet sowie mit gemeinwohlorientierten Gestaltungsansätzen verknüpft. Letztere bauen unter anderem auf kooperatives Wirtschaften, eine selektive Regionalisierung von Versorgungsstrukturen, Suffizienz und Subsistenz und zielen auf eine stärkere Wachstumsunabhängigkeit von Regionen und den dort lebenden Menschen ab (Hahne 2018). Nach Raith u.a. (2017) ist der anhaltende Fokus auf Wirtschaftswachstum ländlicher Kommunal- und Regionalentwicklung – inklusive des interkommunalen Wettbewerbs um Gewerbe und Einwohner*innen, neuen Flächenversiegelungen trotz Leerstands, marktabhängigen Lebens- und Wirtschaftsweisen und eines Abbaus der Daseinsvorsorge –

keine Lösung, sondern vielmehr ein Treiber der oft beschriebenen »Abwärts-spirale« ländlicher Regionen.

Als mögliche alternative Bausteine und Leitbilder werden im Diskurs um sozial-ökologisch transformative Regionalentwicklung in ländlichen Räumen neben ökologischer Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit (König 2021) unter anderem Konzepte wie Gemeinwohlökonomie und Commons (Pütz 2020), regionale Resilienz (Raith u.a. 2017) und offener Regionalismus (Manzini 2013; Wilmsen 2019) diskutiert.

4. Fazit – Neue Wege statt weite Wege

Der vorliegende Beitrag hat das Vorherrschen eines technologisch geprägten Klimaschutzframings im kommunalen Klimaschutz von Gemeinde- und Kreisverwaltungen verdeutlicht. Die Verbreitung klimaverträglicher Lebens- und Wirtschaftsweisen im Sinne der Suffizienz wird hierbei maßgeblich dem individuellen und nicht strukturellen Verantwortungsbereich zugeschrieben. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation muss jedoch neben ökologisch effizienten und -konsistenten Technologien besonders wachstumsunabhängigere strukturelle Rahmenbedingungen hervorbringen, die ökologisch zukunftsfähige Lebensweisen und »ein [g]utes Leben für alle« (I.L.A. Kollektiv 2019) ermöglichen.

Dies erfordert ein ganzheitliches und transformatives Klimaschutz-framing, das neben der Schaffung entsprechender suffizienzorientierter (Infra-)Strukturen – zum Beispiel im Sinne von nahräumlicher und kooperativer Wirtschaftsförderung, suffizienzorientierten Wohnungs- und Verkehrsinfrastrukturen oder offenen Kultur- und Gemeinschaftsräumen – auch Transformationsprozesse innerhalb der Verwaltung und zivilgesellschaftliche Partizipationsprozesse einschließt. Die Interviews mit KSM haben auch aufgezeigt, dass verwaltungsseitiger, kommunaler Klimaschutz bereits durch die technologischen Klimaschutzmaßnahmen und die großen räumlichen Zuständigkeitsbereiche in ländlichen Räumen an ihre personellen Grenzen stoßen. Daher bedarf es – neben gezielten Weiterbildungsangeboten, der Anpassung von Fördermittelstrukturen und der Offenheit von Entscheidungsträger*innen – einer besseren Personal- und Ressourcenausstattung für kommunalen Klimaschutz. So kann Klimaschutz zu einem integralen Bestandteil von Verwaltungen werden und das Klima-

schutzframing entsprechend sozial-ökologisch transformativ ausgeweitet werden.

Als Impulsgeber*innen, Motivator*innen, Berater*innen, Vermittler*innen und Vernetzer*innen inner- und außerhalb der Verwaltung sind die KSM besonders für das Aufzeigen und die Mitgestaltung dieser Transformationsprozesse gefragt. Im gemeinsamen und kreativen Prozess mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, sozial-ökologischen »Nischenprojekten« und anderen Akteur*innen könnten sie so zu einer symbiotischen sozial-ökologischen Transformation beitragen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bauer, H./Dingeldey, M./Hertle, H. (2018): Change Agents in Kommunalverwaltungen. In: Knoblauch, D./Rupp, J. (Hg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München: oekom, 199-215.
- Boghrat, J./Weber, M./Zimmermann, K./Lamping, W. (2014): Kommunalverwaltung und Klimawandel. Wissensgenerierung, Framing und die Erzeugung von Handlungsfähigkeit. In: dms – der moderne staat 7(2), 289-309.
- Brand, U. (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Brauer, J./Büttgen, A./Overath, P./Schmidt, I./Wagner, L. (2019): Handlungsempfehlungen für die Verbraucherpolitik zur Förderung eines nachhaltigen Prosumierens. Wuppertal: Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production gGmbH (CSCP)/Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (2020): European Green Deal. Mehr Fassadenbegrünung als Aufbruch in eine neue Zeit. Berlin: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.
- Christ, M./Lage, J. (2020): Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt? In: Brokow-Loga, A./Eckardt, F. (Hg.): Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom, 184-202.
- Deffner, J./Stein, M. (2020): Daseinsvorsorge trifft Alltag. Wie Kommunen, Zivilgesellschaft und intermediäre Akteure durch Kooperation und Co-Produktion die Lebensqualität vor Ort verbessern können. In: Abt, J./

- Blecken, L./Bock, S./Diringer, J./Fahrenkrug, K. (Hg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Berlin: Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme, 14-19.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) (2018): Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden (= Service & Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz, SK, 3. Aufl.). Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Espinosa, C./Pregernig, M./Fischer, C. (2017): Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik. Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung. (= TEXTE Nr. 86) Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Brüssel: Europäische Kommission.
- Georgescu-Roegen, N. (1987): The entropy law and the economic process in retrospect. (= Schriftenreihe des IÖW, Bd. 5). Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.
- Hahne, U. (2018): Die Region in der Postwachstumsdebatte. In: Knieling, J. (Hg.): Wege zur großen Transformation. Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. München: oekom, 49-64.
- Heyen, D. A./Fischer, C./Barth, R./Brunn, C./Grießhammer, R./Keimeyer, F./Wolff, F. (2013): Mehr als nur weniger. Suffizienz. Notwendigkeit und Optionen politischer Gestaltung. (= Working Paper, 3) Freiburg: Öko-Institut.
- Huber, J. (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation. In: M. Groß (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS, 279-302.
- I.L.A. Kollektiv (2019): Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom.
- Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom.
- Jochum, G. (2020): Nachhaltigkeit zwischen Sozial- und Technikutopie. Transformationspotentiale der utopischen Diskurse der Moderne. In: Soziologie und Nachhaltigkeit-Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung 6(1), 21-48.
- König, E. (2021): Klimagerechtigkeit. Warum wir eine sozial-ökologische Revolution brauchen. Münster: Unrast.
- Kreis Dithmarschen (2012): Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Dithmarschen. Heide: Kreis Dithmarschen.
- Kreis Rendsburg-Eckernförde (2012): Klimaschutzkonzept Kreis Rendsburg-Eckernförde. Rendsburg: Kreis Rendsburg-Eckernförde.
- Leuser, L./Brischke, L.-A. (2018): Suffizienz im kommunalen Klimaschutz. In: Knoblauch, D./Rupp, J. (Hg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Kli-

- mahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München: oekom, 147-162.
- Manzini, E. (2013): Resilient Systems and Cosmopolitan Localism. The Emerging Scenario of the Small, Local, Open and Connected Space. In: Schneidewind, U./Santarius, T./Humburg, A. (Hg.): Economy of Sufficiency. Essays on Wealth in Diversity, Enjoyable Limits and Creating Commons. (= Wuppertal spezial, Bd. 13) Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 70-81.
- Muraca, B./Petridis, P./Kallis, G. (2015): Degrowth. Between a Scientific Concept and a Slogan for a Social Movement. In: Martinez-Alier, M. (Hg.): Handbook of Ecological Economics. Cheltenham, Northampton: Edward Edgar Publishing, 176-200.
- Nightingale, A. J./Eriksen, S./Taylor, M./Forsyth, T./Pelling, M./Newsham, A./Boyd, E./Brown, K./Harvey, B./Jones, L./Bezner Kerr, R./Mehta, L./Naess, L. O./Ockwell, D./Scoones, I./Tanner, T./Whitfield, S. (2020): Beyond Technical Fixes. Climate Solutions and the Great Derangement. In: Climate and Development 12(4), 343-352.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- Parrique, T./Barth, J./Briens, F./Kerschner, C./Kraus-Polk, A./Kuokkanen, A./Spangenberg, J.H. (2019): Decoupling Debunked. Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability. Brüssel: European Environmental Bureau.
- Pütz, M. (2020): Über den Kirchturm hinaus. Postwachstum in Regionen. In: Politische Ökologie 160, 34-40.
- Raith, D./Deimling, D./Ungericht, B./Wenzel, E. (2017): Regionale Resilienz. Zukunftsfähig Wohlstand schaffen. Marburg: Metropolis.
- Reh, W./Hilgenberg, J. (2021): Die Zukunft der Mobilität. In: Politische Ökologie 164/165, 20-27.
- Riousset, P./Rubik, F./Salecki, S. (2019): Klimaneutrale Regionen als Metastrategie zur Förderung nachhaltiger Lebensstile: Konzeptionelle und empirische Grundlagen. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.
- Santarius, T. (2015): Der Rebound-Effekt. (= Wirtschaftswissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung, Bd. 18) Marburg: Metropolis.
- Schneidewind, U./Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München: oekom.

- Schulz, C. (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: Nachrichten der ARL 47(4), 11-14.
- Stengel, O. (2011): Suffizienz. (= Wuppertaler Schriften zur Forschung für eine nachhaltige Entwicklung, Bd. 1) Dissertation. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Stieß, I. (2018): Klimafreundliche Alltagspraktiken unterstützen. Chancen und Herausforderungen für die kommunale Klimaschutzpolitik. In: Knoblauch, D./Rupp, J. (Hg.): Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann. München: oekom, 183-198.
- Stöger, U./Böhle, F./Huchler, N./Jungtäubl, M./Kahlenberg, V./Wehrich, M. (2015): Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung für ein neues gesellschaftliches Produktionsmodell. Expertise. München: ISF München.
- Wilmsen, F. (2019, Juni): Abschottung vs. Open Localism. Die Verhandlung des Lokalen in der Wachstumskritik & ihre Bedeutung für die Praxis. Kassel: ARL-Kongress »Postwachstum & Transformation«.
- Wright, E. O. (2010): Envisioning Real Utopias. London: Verso.